

FaktenCheck: EUROPA



Gegen eine EU der Banken & Konzerne – für ein Europa der Demokratie, Ökologie und Solidarität

Nummer 4 Mai 2018

23 EU-Staaten für Militärunion (S. 2) ++ Kampf gegen Airport in Frankreich (S. 3) ++ Für 30-Stunden-Woche EU-weit (S.4) ++ Deliveroo & der Plattform-Kapitalismus (S. 5) ++ Noch mehr EU-Austerität mit EWF (S. 6) ++ Griechenland im Schuldenturm (S. 7) ++ SNCF-Streiks in Frankreich (S. 8)

Weltweite Herausforderungen und internationale Solidarität

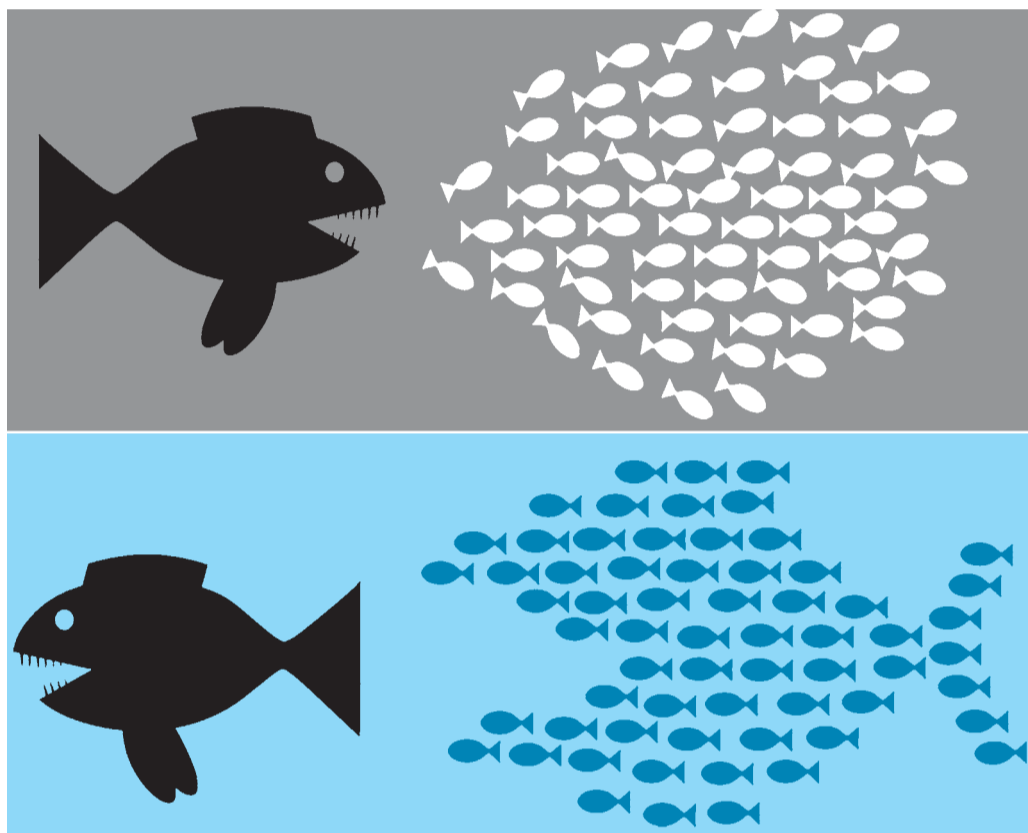
Wir sehen uns an diesem 1. Mai fünf großen Herausforderungen gegenüber.

Klimaveränderung Die Klimaveränderung gefährdet die Grundlagen menschlichen Lebens. Inzwischen ist auch eine Begrenzung der Erwärmung des Planeten auf zwei Grad Celsius nur noch durch eine radikale Kehrtwende in der Weltwirtschaftspolitik vorstellbar. Diese Klimaerwärmung ist Resultat eines kapitalistischen Wirtschaftsmodells, das auf dem Zwang zu fortwährendem Wachstum und immer größerem Ressourcenverbrauch basiert.

Zusammenballung von privater und Kapitalmacht Die Konzentration von Vermögen und Macht in den Händen ganz weniger ist einmalig. 2017 verfügten 42 Personen über den gleichen Reichtum wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Parallel wuchs die Konzernmacht, insbesondere im IT-Bereich. Diese Konzentration ist Resultat einer Produktionsweise, die auf Konkurrenz und Konzentration beruht. Mit ihr wird Demokratie zerstört.

Arbeitslosigkeit und Digitalisierung Trotz neun Jahren ohne neue Krise sind heute allein in der EU 18 Millionen Menschen arbeitslos. Die Zahl derjenigen, die nur eine prekäre Beschäftigung haben oder Leiharbeit leisten, wächst dramatisch. Mit der Digitalisierung werden allein in Deutschland vier Millionen Arbeitsplätze bedroht.

Sparpolitik Gespart wird auf Kosten von Beschäftigten, Arbeitslosen und Armen. Gleichzeitig fließen die staatlichen Mittel für Konzerne, Banken, Reiche und Rüstung weiter. Diese Politik läuft darauf hinaus, dass die einzelnen Konzerne aufgrund geringerer Lohn- und Sozialkosten gigantische Profite machen. Da die Kaufkraft zurückbleibt, werden die Spekulation angefeuert und neue Krisen produziert.



Rüstung & Kriege Weltweit steigen die Rüstungsausgaben und wächst die Kriegsgefahr. Inzwischen werden im Jahr 1,6 Billionen Euro für Rüstung ausgegeben; das entspricht 2,2 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Das ist zehn Mal mehr als das, was für Entwicklungshilfe ausgegeben wird. Es ist vor allem die innere Dynamik der Rüstungsindustrie, des „militärisch-industriellen Komplexes“, mit der diese brandgefährliche Entwicklung vorangetrieben wird. Bei den jüngsten Raketenangriffen im April in Syrien wurden die neuesten Waffensysteme getestet. Nach der Nervengasattacke in Salisbury, Großbritannien, wurde mit einer medialen Kampagne getestet, ob Russenphobie und Kriegshysterie geweckt werden können.

Alle diese Herausforderungen machen das Engagement für Menschenwürde, Zukunftsfähigkeit und Frieden notwendiger denn je – gleichgültig wie stark die zerstörerischen Kräfte sind. Mehr noch: Es gibt auf allen Ebenen demokratischen Widerstand und solidarisches Engagement.

Klima In jedem Sommer sind mehrere tausend vor allem junge Menschen bereit, im Rheinland mit „Ende Gelände“ kreativ und effektiv gegen

die weitere Verstromung von Kohle zu protestieren. Bürgerbewegungen wie diejenige gegen Stuttgart 21 oder gegen Notre Dame des Landes im Nachbarland Frankreich sind beispielhaft (Seite 3). Forderungen nach einem Nulltarif im ÖPNV, gegen Autostädte und für ein „Recht auf Stadt“ finden breite Zustimmung.

Kapitalmacht & Umverteilung Die gewaltige, zynische Kapitalmacht wird weltweit angeprangert. Siehe die Kritik an den arroganten Bossen der Autokonzerne in Sachen „Dieselgate“. Siehe die Streiks bei Amazon (Seite 5). Siehe die Massenproteste gegen Bodenspekulation und steigende Mieten. Zu fordern ist eine radikale Politik zur Umverteilung von oben nach unten mit einer massiven Besteuerung von Profiten, Spekulationsgewinnen und Reichtum.

Digitalisierung & Arbeitszeitverkürzung Grundsätzlich bergen Digitalisierung und Produktivkraftsteigerungen Chancen zum Abbau von Arbeitsstress und zum Ersetzen von stupider Arbeit durch Maschinen und Roboter. Diese Chancen werden jedoch nur dann sinnvoll genutzt, wenn nicht die Technik, sondern der Mensch im Zentrum steht. Vor allem müssen die Arbeitszeiten deutlich reduziert werden – bei vollem Lohnausgleich. Die jün-

geren Tarifrunden haben dieses Thema neu auf die Tagesordnung gesetzt (siehe S.4).

Austerität Die Sparpolitik verschärft die Krise. Sie erhöht die Arbeitslosigkeit und steigert das Elend. Es gab in jüngerer Zeit exemplarische Kämpfe gegen diese Politik, beispielsweise im Gesundheitssektor (Charité Berlin). Aktuell kämpfen die französischen Eisenbahner gegen Privatisierung und weiteren Sozialabbau (Seite 8). Selbst in der SPD flammt immer wieder neu die richtige Forderung auf, Hartz IV abzuschaffen.

Rüstung, Kriege & Rassismus Eine große Mehrheit will Frieden und fordert Abrüstung. Eine deutliche Mehrheit ist gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Zehntausende wandten sich anlässlich der diesjährigen Ostermärsche gegen die Kriegstreiber. Gefordert werden Abrüstung und ein Stopp von Rüstungsexporten und Rüstungsproduktion. Tausende Menschen engagieren sich für die Geflüchteten und wenden sich gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen patriarchale Strukturen und männliche Gewalt, gegen neue Rechte und gegen alte Nazis.

Vor 50 Jahren haben sich mit der Revolte von 1968 Millionen junge Menschen gegen Medienmacht und Vietnamkrieg, für Demokratie, gemeinsames Leben, freie Liebe und Sozialismus engagiert. Heute steht ein neuer Aufbruch für Demokratie und Menschenwürde auf der Tagesordnung. Solidarität mit den Armen, den Schwachen und den Geflüchteten ist das Gebot der Stunde. Angesagt ist ein Kampf für einen Planeten mit Zukunft und für kommende Generationen mit Hoffnung. Das Engagement für eine Gesellschaft, in der anstelle von Profit und Konkurrenz der Mensch und die Solidarität im Zentrum stehen, ist notwendiger denn je.

Hallo Mr. Trump! Sie sitzen am Atomknopf. Sie haben kaum begrenzte militärische Macht. Sie twitterten am 11. April: „Mach dich bereit, Russland. Denn sie [die Raketen] werden kommen, schön und neu und intelligent.“ Sie spielen damit ein brandgefährliches, skrupelloses Spiel. Die Schweizer Tageszeitung „Blick“ titelte am 12. April „Welt in Kriegsangst – Trump twittert sich Richtung Krieg“. Und schrieb: „Der russische Präsident wird plötzlich zur Stimme der Vernunft.“

Hallo, Frau Kanzlerin! Sie haben nach dem westlichen Militärschlag in Syrien geäußert: „Ich unterstütze, dass unsere amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in dieser Weise Verantwortung übernommen haben.“ Das ist demagogisch. Als „Verantwortung übernehmen“ bezeichnen Sie einen Akt, mit dem die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den Atommächten Russland und USA massiv erhöht wurde. Der Angriff erfolgte noch bevor es irgendeine Art Beweis für einen Chemiewaffeneinsatz gab; bevor eine unabhängige Untersuchung vor Ort stattfinden konnte. Der Bezug auf die UN ist infam. Der Militärschlag war eindeutig völkerrechtswidrig; es gab kein UN-Mandat. Ausgerechnet Sie als Deutsche unterstützen einen westlichen Kurs, der sich aggressiv gegen Russland richtet – gegen das Land, das von deutschen Armeen zwei Mal überfallen und verwüstet wurde. Das Mörderische, zu dem eine solche Politik führen kann, wird ergänzt um Selbstmörderisches: Die Abhängigkeit Europas von russischem Gas beträgt 40 Prozent.

Bonjour Monsieur

Juncker! Es stand schwarz auf weiß in der „Welt“ vom 29. März: Die EU-Kommission hat ein Programm aufgelegt, um EU-weit die „Tunnel, Straßen und Brücken“ so auszubauen, damit sie „panzertauglich“ werden. Das Ziel einer „umfassenden Militärunion“ mache es notwendig, dass „militärisches Material schnell bewegt“ werden kann. Mit der Troika wurde bereits ein Instrument geschaffen, um ohne jede demokratische Kontrolle einzelnen Ländern brutale Sparprogramme aufzuzwingen. Nun soll ein vergleichbar elitärer Zirkel die Militarisierung der EU erzwingen (Seite 2).

FaktenCheck:EUROPA

Das Selbstverständnis von FaktenCheck:EUROPA findet sich auf Seite 8; Bestellmöglichkeiten auf Seite 2; Herausgeber auf Seite 3. Wir freuen uns über Unterstützung, Spenden und die Verbreitung dieser Publikation. FCE-Redaktion

Die EU – ein Friedensprojekt? FCE prüft die Fakten und konstatiert: Die EU ist Kriegstreiber



Die Europäische Union (EU) präsentiert sich als Friedensprojekt. Auf der offiziellen Website der EU lesen wir: „Unsere Väter und Großväter zogen noch in den Krieg. [...] Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden. [...] Blickt man zurück, so gab es noch nie in der Geschichte Europas so lange Frieden am Stück, jetzt bereits seit 70 Jahren.“ (Siehe: https://ec.europa.eu/germany/eu60/frieden_de).

FaktenCheck:EUROPA überprüft diese Aussagen auf drei verschiedenen Ebenen.

Erste Behauptung: „Die EU war von Anfang an ein Friedensprojekt“.

Ein FaktenCheck ergibt:

Diese Behauptung ist unwahr. Tatsächlich stand 1952 an der Wiege der EU das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Damit sollte die deutsche Wiedewaffnung ermöglicht und eine gegen die UdSSR gerichtete EWG-Armee geschaffen werden. 1954 wurde parallel zur EWG die Westeuropäische Verteidigungsunion (WEU) als zukünftige westeuropäische militärische Allianz gegründet. Nach 1990 wurde die Militarisierung der EU beschleunigt – zunächst mit der 2001 im „Vertrag von Nizza“ verankerten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)“. Im November 2017 schlossen sich 23 der 26 EU-Mitgliedsländer in einer Militärunion mit der Bezeichnung PESCO (deutsch: Ständische Strukturierte Zusammenarbeit – SSZ) zusammen. Darin verpflichten sich diese EU-Länder, in jedem Jahr die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Deutschland und Österreich sind Teil von PESCO. Es gab im Übrigen keinerlei Verpflichtung, sich der Militärunion anzuschließen. Malta und Dänemark entschieden sich explizit gegen eine Teilnahme.

Zweite Behauptung: „In Europa gibt es seit 70 Jahren Frieden“.

Der FaktenCheck ergibt: Diese Aussage ist teils richtig, teils unrichtig. In diesem Zeitraum gab es innerhalb Westeuropas keinen Krieg. Allerdings gab es von westeuropäischen Staaten ausgehende Kriege (so den französischen Indochina-Krieg 1946-1954; den Bürgerkrieg in Nordirland 1969-1998; den kolonialen Krieg Frankreichs in Algerien 1954-1961; die portugiesischen Kolonialkriege in Angola, Mozambique und Guinea 1961 bis 1974). In diesen Kriegen wurde von den genannten europäischen Staaten exzessive Gewalt, darunter flächendeckende Folter und sexuelle Gewalt gegen Frauen, verübt.

Und vor allem gab es vom 28. Februar bis zum 10. Juni 1999 den Nato-Krieg gegen Jugoslawien („Kosovo-Krieg“). Das war ein Krieg mitten in Europa. Das US-Militär war in diesem Krieg führend. Es wurde dabei von französischen, britischen, italienischen und deutschen Kampfflugzeugen unterstützt. Der Krieg war eindeutig völkerrechtswidrig; es gab kein UN-Mandat. Besonders tragisch und erschütternd ist dabei der historische Hintergrund. Auf dem Balkan gab es vor dem Ersten Weltkrieg blutige Kriege und Bürgerkriege. Im Zweiten Weltkrieg nutzten die Nazis als Besatzungsmacht die bestehenden ethnischen Spannungen gezielt aus – unter anderem, indem sie Bündnisse mit kroatischen Faschisten schlossen und Massaker an der serbischen Bevölkerung förderten. Als 1945 die Bundesrepublik Jugoslawien gegründet wurde, versuchten deren Gründer, die Lehren aus den tragischen Bruderkriegen zu ziehen. Es wurden sechs Teilrepubliken als Teil der neuen Bundesrepublik Jugoslawien (Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedoni-

en, Montenegro und Bosnien-Herzegowina) und zwei autonome Provinzen (Vojvodina und Kosovo) gegründet. In der Folge gab es tatsächlich fast ein halbes Jahrhundert lang (1945-1989) ein weitgehend friedliches Miteinander dieser Balkanvölker. Davon zeugten auch mehr als eine Million ethnische „Mischehen“.

Für die Zerstörung Jugoslawiens ab 1990 waren zweifellos nationalistische Führer (Milosevic in Belgrad und Tjudman in Zagreb) maßgeblich verantwortlich. Doch es waren auch die EU und insbesondere die deutsche Regierung, die die Aufspaltung Jugoslawiens (u.a. durch die schnelle diplomatische Anerkennung der neuen Staaten) vorantrieben. Der Höhepunkt dieser Politik war dann der beschriebene Kosovo-Krieg.

Das Resultat: Laut UN-Schätzungen waren während der Jugoslawien-Kriege (1990-2000) rund 2,3 Millionen Menschen als Flüchtlinge registriert, Hunderttausende von ihnen flohen außerhalb der Grenzen des ehemaligen Jugoslawien, die meisten nach Deutschland. Große Teile von Ex-Jugoslawien sind heute ein Armenhaus. Weitere Hunderttausende Menschen in Ex-Jugoslawien wollen lieber heute als morgen

dieses Elend hinter sich lassen – durch Flucht gen Westen.

Dritte Behauptung: „In Syrien verhält sich die EU neutral. Insbesondere beteiligte sich die deutsche Bundesregierung nicht an den jüngsten militärischen Angriffen“.

Unser FaktenCheck ergibt:

Auch diese Aussage ist unwahr. Die EU bzw. führende EU-Staaten sind auf dreifache Weise Kriegspartei. Erstens unterstützte die EU im Syrienkrieg immer Staaten wie Saudi Arabien, Katar und die VAR, die wiederum maßgeblich für die Finanzierung und den Aufstieg der Terrorgruppe Islamischer Staat verantwortlich sind. Zweitens waren die EU-Staaten Großbritannien und Frankreich maßgeblich an dem jüngsten militärischen Angriff auf syrische Stellungen beteiligt, womit sie eine Konfrontation zwischen den USA und Russland und damit das Risiko eines großen West-Ost-Kriegs in Kauf nahmen. Die deutsche Regierung unterstützte politisch diese Eskalation. Drittens unterstützen die EU und insbesondere die deutsche Regierung massiv finanziell und militärisch die türkische Armee, die Anfang 2018 in Syrien einmarschierte und die seither insbesondere gegen die

kurdische Bevölkerung vorgeht. Ankara überfällt dabei ausgerechnet die Gebiete in Syrien, die bisher vom Krieg und Bürgerkrieg weitgehend verschont blieben. Die türkische Armee geht dabei gerade gegen diejenigen demokratischen Kräfte (wie die YPG) vor, die zuvor den Vormarsch des Islamischen Staates stoppten und u.a. tausenden jesidischen Christen das Leben retteten. Sie geht – mit deutschen Panzern – gegen demokratische Strukturen vor, die oft vorbildlichen Charakter hatten. Dabei setzt das Erdogan-Regime als Hilfstruppen auch islamistische Terrorgruppen ein. Womit sich ein Kreis schließt: Es waren der Westen im Allgemeinen und die Türkei im Besonderen, die den Islamischen Staat wesentlich mit aufgebaut und faktisch die Ausweitung eines fundamentalistischen Terrorismus gefördert hatten.... immer auch mit Hilfe der EU. Damit erweist sich die EU in der Praxis (siehe Syrien) und hinsichtlich ihrer Zielsetzungen (siehe PESCO) zunehmend als eine Kraft, die friedliche Lösungen verhindert, die die allgemeine Aufrüstung vorantreibt und die an Kriegen selbst indirekt und direkt beteiligt ist.

Europa **von unten**



Gemeinsam Grundrechte verteidigen!

Als Reaktion auf die von Staat und Polizei zu verantwortete Repression vor, während und nach dem G20-Gipfel in Hamburg, kamen im Oktober 2017 über 100 Aktive aus sozialen Bewegungen, Migrant*innenorganisationen, Fachleute aus politischen Vereinen, Bürgerrechtsorganisationen, Gewerkschaften und juristischen Verbänden zu einer Tagung zusammen. Es wurde beraten, wie man dem aktuellen Abbau verfassungsmäßiger Rechte und der Kriminalisierung sozialen Protestes entgegengetreten kann. Dabei bildete sich die Initiative *Gemeinsam Grundrechte Verteidigen*. Verteidigt werden sollen elementare Rechte wie die Presse- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Streikrecht. Nicht vergessen ist das Ausmaß von Gewalt und Willkür der Polizei, die auch junge Gewerkschaftsmitglieder von ver.di traf. Sichtbar gemacht werden sollen die massiv verschärften Polizeigesetze u.a. in NRW, Bayern, Sachsen und Bremen. Schon heute finden Massenüberwachungen statt, Linke werden kriminalisiert und eingeschüchert. Zukünftig soll die Polizei ohne Anlass schon weit vor einer vermeintlich geplanten Tat einschreiten dürfen. Durch die Verschärfung der Gesetze erhält die Polizei Befugnisse, die denen des Geheimdienstes gleichen. Dieser Entwicklung soll am 7. Juli 2018 in NRW mit kreativem Protest entgegengetreten werden. Weitere Infos: <https://grundrechteverteidigen.de/>

Sonja Kies, Mitglied der Initiative „Gemeinsam Grundrechte Verteidigen“

FaktenCheck:EUROPA – Impressum & Bestellungen

FaktenCheck:EUROPA (FCE) erschien erstmals im Juli 2018. Das FCE-Selbstverständnis findet sich auf Seite 8. **Bezugspreise wie folgt:** Bei Bestellungen zwischen 1 - 99 Ex.: 25 Cent je Ex. // Bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Ex. // Jeweils zuzüglich Porto & Verpackung. Zahlung nur nach Erhalt der Rechnung.

Redaktion Alexis Passadakis · Heino Berg · Winfried Wolf (V.i.S.d.P.) // **Träger** BFS - Büro für Frieden & Soziales e.V. // **Konto** (für Spenden, nicht Vorkasse): BFS e.V., MBS-Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

FaktenCheck:EUROPA finanziert sich ausschließlich über Unkostenbeiträge und Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen bestellung@faktencheckhellas.org // **Post an die Redaktion:** faktencheckeuropa@gmail.com // **Website** www.faktencheckhellas.org

FCE-„Kombizeitungen“: In Wuppertal gibt es seit November 2016

FaktenCheck:WUPPERTAL (FCW), jetzt bereits mit der dritten Ausgabe. Dort wird FCW & FCE als 12-seitige „Kombi-Zeitung“ vertrieben. Eine tolle Sache – und eventuell eine gute Idee für andere Städte? Infos über die FCE-Redaktion.



Räumung trotz politischem Sieg? Notre-Dame-des-Landes (Frankreich)

Bernard Schmid

Notre-Dames-des-Landes ist ein westfranzösisches Dorf in der Nähe von Nantes im bocage. So nennt man eine offene Wiesenlandschaft, die von Hecken und Bäumen durchbrochen wird. Hier sollte ein neuer Flughafen entstehen. Das umweltzerstörerische Großprojekt hätte einige einzigartige Feuchtgebiete unwiderruflich zerstört. Zugleich hatte es sich verkehrspolitisch überlebt: Es basierte auf veralteten Planungen, wonach jährlich bis zu zehn Millionen Flugpassagiere von Nantes aus zu befördern seien, weshalb der bisherige Flughafen der Stadt nicht mehr ausreichte.

Real ist ihre Zahl jedoch viel langsamer gewachsen, von einer Million (1986) auf vier Millionen bis zum Beginn der konkreten Bauplanungen 2008. Ende 2017 waren es – auch infolge der Ansiedlung mehrerer neuer Fluggesellschaften – fünf Millionen. Eine höhere Zahl ist auch klimapolitisch nicht wünschenswert. Rund ein Drittel der Passagiere entfallen auf Binnenflüge. Diese Reisen könnten bei deutlich geringeren Klimabelastungen mit Schnellzügen stattfinden.

Seit Jahren wandte sich eine Umweltprotestbewegung gegen dieses ökologisch schädliche Großprojekt. Am 17. Januar dieses Jahres hat sie einen Sieg errungen: Die Regierung unter Premierminister Edouard Philippe gab an diesem Tag bekannt, dass das Bauvorhaben definitiv aufgegeben werde.

Und nun kommt es doch zu Bildern wie diesem: Ein älterer Mann hält ein Schild mit der Aufschrift „Stoppt die Gewalt!“ hoch. Er wird durch eine Übermacht von Uniformierten, die ihn zu Boden drücken, überwältigt. Dieses Bild machte am Montag, dem 9. April, die Runde in französischen Medien. Es begleitete dort die Nachrichten „von der Front“, von brutalen Räumungsaktionen im Umfeld der vormaligen Airport-Baustelle.

Die Invasion begann im Morgengrauen: Die Sicherheitskräfte attackierten an jenem Montag in der Frühe die von Umweltschützern besetzte Zone auf dem früheren Flughafengelände. Sie wird als ZAD (*zone à défendre*, als „zu verteidigende Zone“) bezeichnet. Selbige wird seit einigen Jahren von Menschen aus der Alternativszene, aus dem

autonomen Spektrum und von Umweltaktivisten, vielfach unterstützt von der einheimischen Bevölkerung, für Experimente mit alternativen Lebens- und vor allem Landwirtschaftsformen genutzt. Die Regierung, aber auch die örtliche konservative Landwirtschaftskammer, wollen dem einen Riegel vorschieben. Sie fürchten, die heterogen zusammengesetzte, solidarisch auftretende Protestbewegung könne sich durch den politischen Erfolg beflügelt fühlen.

Und so insistierte die Regierung von Premierminister Edouard Philippe darauf, alle, die bis zum 31. März nicht mit einem „ausgewiesenen, soliden landwirtschaftlichen Projekt“ bei den zuständigen Behörden registriert seien, müssten nun gehen. Das betrifft manche Alternativbetriebe wie *La Chevrère* („die Ziegerei“), die noch nicht angemeldet waren. Es trifft besetzte Häuser sowie nicht-landwirtschaftliche Gewerbetreibende, die oftmals den Agrarprojekten zuarbeiten, wie etwa ein Schmied, der deren Geräte repariert.

Zwischen 2200 und 2500 Polizeibeamte wurden mobilisiert. Ihr Vorgehen konzentrierte sich am ersten Tag zunächst darauf, die international berühmt gewordene *route des chicanes* oder „Hindernisstraße“ freizuräumen. Am darauffolgenden Freitag, dem 13. April, gaben die Behörden offiziell bekannt, die Räumung sei abgeschlossen. Dies war jedoch verfrüht. Am darauffolgenden Wochenende kamen mehrere Tausend Menschen auf dem Gelände zusammen, die Besetzer sprachen von bis zu 20.000. viele waren aus anderen Städten angereist. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Gleichzeitig gab es Solidaritätsdemonstrationen in mehreren anderen Orten, so in Nantes und Montpellier. Daraufhin gab die Regierung den Besetzern nochmals Zeit, um sich als Landwirtschaft Treibende auf dem Areal anzumelden.

Bernard Schmid lebt und arbeitet als Anwalt in Frankreich

Europa *von unten*

Konferenz in Salzburg: gegen die EU der Banken und Konzerne – Für ein demokratisches, solidarisches und ökologisches Europa!

Am 1. Juli 2018 übernimmt die österreichische Regierung die Ratspräsidentschaft der EU. Unter ihrem Vorsitz findet am 20. September ein Gipfeltreffen der europäischen Staatschefs in Salzburg statt. Die ÖVP-FPÖ-Regierung richtet diesen Gipfel propagandistisch auf die Abschottung gegenüber „unerwünschter Migration“ aus. Zugleich startet sie eine Offensive gegen soziale und demokratische Errungenschaften. Im Interesse der großen Konzerne und des Finanzkapitals versuchen die EU und die nationalen Regierungen, die Arbeitszeiten zu verlängern, die Konkurrenz unter der arbeitenden Bevölkerung zu verschärfen und die Sozialversicherungen so umzubauen, dass sie für Finanzunternehmen als lukratives Anlagefeld dienen.

Aufbruch – für eine ökosozialistische Alternative wird am 15. September eine Konferenz mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus mehreren Ländern durchführen. Wir wollen radikale Kritik der EU, Erfahrungen aus sozialen Bewegungen und Konzepte gesellschaftlicher Alternativen zusammenbringen. Wir laden Interessierte zur Mitarbeit ein (www.aufbruch-salzburg.org). Die Konferenz findet statt am 15. September, 14-22 Uhr, TriBühne Lehen, Tulpenstraße 1, Salzburg. **Christian Zeller**

Mitherausgeberinnen und Mitherausgeber von FaktenCheck:EUROPA

Tom Adler · Elmar Altvater · Daniel Behruzi · Rolf Becker · Achim Bigus · Georg Brzoska · Armin Bernhard · Nikos Chilas · Frank Deppe · Manfred Dietenberger · Ulrich Duchrow · Jochen Dürr · Leslie Franke · Georg Fülberth · Lothar Geisler · Johannes Hauber · Andrej Hunko · Heike Hänsel · Willi Hajek · Rudolf Hickel · Inge Höger · Angela Klein · Bernd Köhler · Stephan Krull · Thomas Kuczynski · Katrin Kusche · Sabine Leidig · Herdolor Lorenz · Volker Lösch · Ingrid Lohmann · Birgit Mahnkopf · Mohssen Massarrat · Gisela Notz · Norman Paech · Alexis Passadakis · Tobias Pflüger · Christine Prayon · Nadja Rakowitz · Lucy Redler · Karl Heinz Roth · Werner Rügemeier · Karl Schweizer · Walter Sittler · Sascha Stanicic · Margarita Tsomou · Dorothee Vakalis · Marie-Dominique Vernhes · Winfried Wolf · Mag Wompele · Lucas Zeise · Christian Zeller · Susan Zimmermann

Unterstützende Organisationen, Initiativen & Publikationen

AKL in DIE LINKE · Aktion gegen Arbeitsunrecht · express · LabourNet Germany · Lunapark21 · SAV · Sozialistische Zeitung, SoZ · Gewerkschaftsforum Dortmund

Europa nur für die Bosse?

Angela Klein

Eine Woche nach Bekanntgabe eines Gewinns nach Steuern von 6,3 Mrd. Euro hat Siemens angekündigt, 6900 Arbeitsplätze streichen zu wollen, 3300 davon in Deutschland. Werken in Polen, Spanien, den Niederlanden und Deutschland droht die Schließung. „Im europäischen Betriebsrat laufen zur Zeit alle Sturm“, sagt der Betriebsrat Thomas Clauß von Siemens Leipzig, „aber von einer konzertierten Aktion sind wir leider weit entfernt.“

Woran liegt das? Ist das ein „europäisches“ Problem? Nicht einmal eine konzertierte Aktion zwischen den deutschen Siemens-Standorten kommt zustande! Wie schnell würde Siemens einknicken, wenn es eine europaweite Antwort geben würde! Das immer noch gültige Beispiel, das sich für die Wirkmächtigkeit betriebs- und grenzüberschreitender Aktionen anführen lässt, ist die Verhinderung der EU-Richtlinie Port Package II 2006 durch die konzertierte Aktion der europäischen Hafentarbeiter. Wie dringend bräuchten wir heute eine solche Aktion im Transportbereich, wo die Lkw-Fahrer aus der Reform der EU-Entsenderichtlinie ausgenommen werden!

Ja, es gibt eine Ungleichzeitigkeit der Klassenkämpfe, wie jetzt, wo Ver.di die Tarifrunde schon abgeschlossen hat, während in Frankreich die Streiks im öffentlichen Dienst weitergehen. Aber nein, das ist keine unüberwindbare Hürde. Es gibt genügend positive Anknüpfungspunkte, wo hier und heute Kämpfe europäisiert werden können. Gegen die Ungleichzeitigkeit hilft Organisierung: guter Wille, Ausdauer, Personal und ein wenig Geld.

Nach zwei Jahren EU-Türkei-Deal: Jahre gebrochener Rechte

Sofia Leonidakis

Der vor zwei Jahren abgeschlossene EU-Türkei-Deal hat die Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt. Er ist politisch und humanitär fatal.

Die EU hat sich abhängig gemacht von einer Regierung, der sie selbst Jahr für Jahr Rückschritte attestiert. Sie hat eine Regierung als schutzfähig geadelt, die Fluchtursachen in der Türkei und in Rojava schafft. Die EU hat damit der innertürkischen Opposition, vor allem aber den betroffenen Flüchtenden einen Bärendienst erwiesen. Die Tageslöhne von Geflüchteten in der Türkei sind z.B. in der Landwirtschaft auf 1 bis 4 Euro gefallen. Die Wohn-, Gesundheits- und Bildungssituation ist häufig extrem prekär. Auf der anderen Seite der EU-Außengrenze wurde die griechische Regierung dazu gedrängt, auf fünf Ägäis-Inseln so genannte Hotspots einzurichten und Geflüchtete daran zu hindern, die Inseln zu verlassen. Seitdem sind die Hotspots quasi zu großen Freiluftgefängnissen geworden. Die Perspektivlosigkeit und vor allem die teils katastrophalen Unterbringungsbedingungen (für die Camps war nur für die Hälfte der aktuellen Belegung vorgesehen) machen mürbe und krank. Das oberste Verwaltungsgericht Griechenlands urteilte Ende April, dass die Einschränkung der Bewegungsfreiheit nicht gerechtfertigt werden kann. Damit wurde ein wesentlicher Bestandteil des EU-Türkei-Deals gekippt. Gerichte können die Rechtsstaatlichkeit teilweise wiederherstellen. Solange Menschenrechte von allen Beteiligten dieses schmutzigen Deals mit Füßen getreten werden, wird sich jedoch grundlegend nichts ändern.

Mehr Zeit um Leben und Löhne, die für ein gutes Leben reichen!

Bernd Riexinger

Der Dauerstress in der Arbeitswelt macht immer mehr Menschen krank. Millionen Beschäftigte wünschen sich Arbeitszeiten, die zum Leben passen und Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Die Zeit ist längst reif für eine gerechte Verteilung und Verkürzung der Arbeit. Denn es geht auch ums Ganze: Führt die Digitalisierung zu noch mehr Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit – und gibt so den Rechtspopulisten weiteren Auftrieb? Oder verteilen wir Arbeit gerechter und schaffen den Einstieg in ein neues soziales und ökologisches Wirtschaftsmodell?

Die Tarifaueinensatzung der IGM hat gezeigt, dass für Arbeitszeitverkürzung mobilisiert werden kann. Im Öffentlichen Dienst könnte die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche mit Lohnausgleich und mehr Personal für unsere Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Bürgerämter geführt werden.

Eine neue Initiative um Arbeitszeitverkürzung braucht eine gemeinsame Vision, die alle mitnimmt, egal ob sie im Blaumann oder im Krankenhauskittel, mit Wischmopp oder Laptop arbeiten: selbstbestimmtere Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden/Woche – mit Löhnen, die für ein gutes Leben reichen. Arbeitszeitverkürzung muss daher mit dem Kampf für höhere Löhne und für mehr Personal verbunden werden. Statt einseitiger Flexibilisierung müsste die neue Normalarbeitszeit für die Menschen selbstbestimmter gestaltbar sein und zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche liegen.

Angela Klein ist verantwortliche Redakteurin der Sozialistischen Zeitung / SoZ (Köln) / Sofia Leonidakis ist Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft und Mitglied der Linkspartei / Bernd Riexinger ist Parteivorsitzender von DIE LINKE.

100 Jahre Acht-Studentag

Zeit für den nächsten Schritt:
30-Stunden-Woche für AlleMargareta Steinrücke
Stephan Krull

Vor 100 Jahren wurde der *Acht-Studentag* in Deutschland Gesetz – neben Frauenwahlrecht und Betriebsräten eine der großen Errungenschaften der Novemberrevolution 1918.

100 Jahre später und vor dem Hintergrund von gewaltigen Produktivitätssteigerungen wollen die Unternehmer diese Errungenschaft zerstören. Statt die gewachsene Produktivität in kürzere und den Bedürfnissen der Menschen angepasste Arbeitszeiten umzusetzen, wollen sie den Acht-Studentag beseitigen. Der Vorwand: Digitalisierung und Globalisierung würden das erfordern. Sie instrumentalisieren dabei die Wünsche der Beschäftigten, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Für Arbeitszeiten soll es keine Grenzen mehr geben; am liebsten wäre ihnen, die Lohnabhängigen würden rund um die Uhr arbeiten. Dies ist Teil der generellen Bestrebungen des Unternehmerlagers und seiner Helfer in Wissenschaft und Politik, sämtliche Bereiche der Arbeitswelt zu deregulieren. Business Europe, die europäischen Unternehmensverbände, versuchen schon lange mithilfe der EU-Kommission die Europäische Arbeitszeitrichtlinie weiter aufzuweichen und von den ursprünglichen Zielen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes abzulösen.

Dagegen hat die IG Metall mit ihrem jüngsten Tarifergebnis einer 28-Stunden-Woche für alle (wenn auch begrenzt auf 2 Jahre und ohne Lohnausgleich) einen ersten Schritt in die andere Richtung getan; die Gewerkschaft orientiert sich dabei an den Möglichkeiten der technischen Entwicklung und der Notwendigkeit einer modernen Arbeitszeitpolitik. Mit ihrem Slogan „Arbeitszeiten, die zum Leben passen“ hat sie aufgegriffen, was zwei Drittel der von ihr befragten 680.000 Beschäftigten geantwortet hatten: sie würden gerne 35 Stunden oder weniger arbeiten. In Streiks wurde deutlich: Es gibt die Bereitschaft, für kürzere Arbeitszeiten zu kämpfen.

Mit ihrem Wunsch nach einer „kurzen Vollzeit“ (alles zwischen 25 und 35 Wochenstunden) stehen sie nicht allein: die jüngste Arbeitszeitumfrage in der EU hat ergeben, dass die Beschäftigten in der EU am liebsten im Schnitt 31 Stunden



pro Woche arbeiten würden.

Auch in Deutschland haben wir seit einiger Zeit eine wirkliche Bewegung hin zur 30-Stundenwoche: immer mehr Menschen machen es einfach, allerdings nur individuell und damit meist ohne Lohn- und Personalausgleich. Dies gilt es, aufzugreifen und in eine kollektive und organisierte Bewegung für eine „kurze Vollzeit für alle“ umzusetzen. Das würde eine neue Normalarbeitszeit um die 30 Stunden pro Woche bedeuten, mit vollem Lohn- und Personalausgleich für alle, nicht nur für einzelne Individuen oder Sondergruppen wie Eltern oder Pflegende.

Der Standardewand, wir hätten doch fast Vollbeschäftigung und inzwischen sogar Fachkräftemangel, deswegen müssten Arbeitszeiten eher verlängert werden, ist leicht zu entkräften. Zum einen gibt es anstelle der offiziellen 2,5 Millionen Erwerbslosen real eher vier Millionen – und zwar dann, wenn wir alle aus der Statistik wegdefinierten Arbeitslosen (in Weiterbildung befindliche, kranke, über 58 Jahre länger als ein Jahr arbeitslos u.a.) hinzuzählen. Wenn wir gar alle unfreiwillig in Teilzeit und Minijobs Beschäftigten dazuzählen, sind es 7 Millionen. Die vorsichtigste Prognose zu den Auswirkungen von „Arbeit 4.0“ geht von einem Arbeitsplatzabbau von zwölf Prozent aus. Im Fall Deutschland heißt dies: nochmals vier Millionen Arbeitsplätze weniger. Ab 2018 kommen tausende Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt, die ihre Sprach- und Integrationskurse abgeschlossen haben. Dem akuten Fachkräftemangel könnten wir mit 30-Stunden-Arbeitsplätzen bestens begegnen. Ein solches

Angebot würden viele Frauen, die angesichts überlanger

Normalarbeitszeiten lieber zu Hause bleiben, dankend annehmen. Es würde auch vielen Älteren, die mit langen Arbeitszeiten nicht bis zur Rente durchhalten, ein Arbeiten bis zur Rente möglich machen.

Dass das kein frommer Wunsch ist, wird zum Beispiel in Schweden verdeutlicht. Dort wurde der Sechs-Stunden-Tag (mit vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen) in der Altenpflege, im OP eines Krankenhauses, in einer Molkerei und in einem Autohaus u.a. getestet. Die Ergebnisse: gesunkene Krankheitsraten, gestiegene Produktivität und Zufriedenheit der Kundschaft. Ähnliche Ergebnisse gab es jüngst in Bielefeld, wo ein Marketingunternehmen kurzerhand die 25-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich eingeführt hat.

Die Umsetzung einer solchen „kurzen Vollzeit“ (von rund 30 Stunden) muss natürlich an die jeweiligen Arbeitsbedingungen angepasst werden. Bei Schichtarbeitenden und Menschen mit Kinderbetreuungs- und Pflegeverpflichtungen wird dies eher der Sechs-Studentag, bei Menschen mit Projektarbeit eher als längere Auszeit nach Projektende, bei Menschen mit langen Anfahrtswegen möglicherweise eine Vier-Tage-Woche. Aber das Interesse an kürzeren Arbeitszeiten haben alle Gruppen gemeinsam: Die Jungen, die Frauen, die Erwerbslosen, damit sie überhaupt (wieder) einen Arbeitsplatz bekommen. Die Männer und die Hochqualifizierten, damit sie nicht unter überlangen Arbeitszeiten zusammenbrechen und ihre Beziehungen zerstören. Die Älteren, damit sie gesund die Rente erreichen. Die

Versichertengemeinschaft und der Staat, d.h. wir alle, um die enormen Kosten von Krankheit aufgrund von Arbeitslosigkeit und überlangen Arbeitszeiten zu reduzieren und bei dann echter Vollbeschäftigung von allen ausreichend Steuern und Sozialversicherungsbeiträge einnehmen zu können. Wir alle, um unseren Planeten zu erhalten, indem wir durch kürzere Erwerbsarbeit weniger umweltzerstörende Dinge und Schadstoffe produzieren und Zeit für einen ökologischen, Mensch und Natur pflegenden statt zerstörenden Lebensstil gewinnen.

Attac Deutschland hat das Thema einer solidarischen Umverteilung jeglicher Arbeit, auch um Unterstützung

für Strategien zum Erhalt des Planeten bei unmittelbar Betroffenen (z.B. im Braunkohlebergbau) zu bekommen, zum Bestandteil seiner Überlegungen zur sozialökologischen Transformation gemacht. Die Attac-Bundes-AG ArbeitFairTeilen hat mit Kooperationen in Frankreich, Österreich, Belgien das europäische Netzwerk „European Network for the Fair Sharing of Work“ ins Leben gerufen.

Um eine im Interesse aller gelegene „kurze Vollzeit“ zu erreichen und den Abbau der existierenden Sicherheiten zu verhindern, brauchen wir ein breites Bündnis aller Organisationen und Initiativen, die sich für ein Leben und Arbeiten in Würde und im Einklang mit der Natur einsetzen: allen voran die Gewerkschaften, aber auch Frauen-, Umwelt- und Sozialverbände, NGOs wie Attac, die Kirchen, Menschen aus Wissenschaft, Politik, Arbeitsschutz und Gesundheitswesen. In Deutschland und in Europa!

Margareta Steinrücke und Stephan Krull sind aktiv bei in der Attac-AG ArbeitFairTeilen

Europa von unten

We'll Come United

Antirassismus im Alltag sichtbar machen!

Das Datum steht: Samstag, 29. September! Und der Ort dazu: Hamburg! We'll Come United, ein Bündnis aus Selbstorganisationen von Geflüchteten und antirassistischen Initiativen, ruft zur zweiten großen Parade auf. Der neue Fluchtpunkt der antirassistischen Bewegung für 2018. Und die Mobilisierung beginnt - jetzt! We'll Come United! Mit einem verstärkten Austausch über unsere Alltagskämpfe. Für die Zirkulation unserer Widerstandserfahrungen. Gegen alle Abschiebungen und für Bewegungsfreiheit. Gegen soziale Ausgrenzung und für gleiche Rechte für alle. Die vielen schon beteiligten Gruppen schwärmen aus mit einem gemeinsamen Konzept, um Aktive und Interessierte in Städten und Dörfern, in Camps und in Communities zu erreichen, die bislang noch nicht dabei waren. Im Gepäck die Beispiele erfolg-



reichen Widerstandes: selbstorganisierte Proteste sowie Kirchen- und Bürgerasyle gegen Abschiebungen; Treffpunkte, Cafés und Beratungen gegen Entrechtung und Isolation; Petitionen und Demonstrationen für das Bleiberecht. Von den Außengrenzen bis zu den Innenstädten haben sich solidarische Räume und Strukturen entwickelt, so hartnäckig wie es auch die Bewegungen der Flucht und Migration sind. Trotz und gegen die rechte Dominanz und die rassistischen Angriffe auf allen Ebenen. Wir sind mehr als wir denken. Und diesem progressiven Pol wollen wir am 29.9. auf den Straßen Hamburgs Sichtbarkeit verschaffen.

Next Stop: 10. bis 13. Mai in Göttingen - Konferenz für eine große Koalition des Antirassismus.

Hagen Kopp, kein mensch ist illegal / Hanau

„Das ist Stücklohn-Knechtschaft!“

Plattform-Kapitalismus – Das Beispiel Deliveroo

Werner Rügemer

Am 13. April 2018 protestierte die Initiative „aktion gegen arbeitsunrecht“ in neun deutschen Städten gegen die prekäre Beschäftigung der Fahrradkuriere des Essenslieferdienstes Deliveroo. Auch in Amsterdam und Cardiff kam es zu Protesten. Bei der Kundgebung in Köln hielt Werner Rügemer die nachfolgend wiedergegebene Rede.

Immer mehr Fahrer von Deliveroo in Großbritannien, Belgien, Frankreich haben gegen ihre Behandlung protestiert. Sie haben gestreikt. Sie gingen vor Gericht. Die Konzernzentrale in London hat mit der „Erklärung gegen moderne Sklaverei“ reagiert. Da heißt es: „Unser wichtigstes Ziel ist der Aufbau des besten Essens-Lieferdienstes der Welt. Wir verfolgen dies mit allen unseren Werten; wir sind gegen alle Formen der Sklaverei, Knechtschaft, Pflicht- und Zwangsarbeit und des Menschenhandels“.¹

Wie sehen nun die hohen Werte und zum Beispiel die Arbeitsplätze ohne Sklaverei und Menschenhandel aus? Dazu erklären uns die Chefs von Deliveroo: „Wir gewähren gut bezahlte flexible Arbeit für tausende Fahrer, die stolz darauf sind, allen Kunden das Essen aus den lokalen Restaurants so schnell wie möglich nachhause zu liefern.“

Aha, gut bezahlt? Und gleichzeitig flexibel? Und worauf sollen die Fahrer stolz sein? Etwa darauf: Sie werden nicht nach Stundenlohn bezahlt, sondern pro Lieferung. Eine Lieferung in Deutschland bringt 5,50 Euro. Wenn keine Bestellung kommt, wird für die Wartezeit nichts bezahlt, ganz flexibel. Das Fahrrad müssen die Fahrer selbst bezahlen, einschließlich Reparaturen, auch das Smartphone und den Mobil-Tarif, ganz flexibel. Eine Berufspflicht kostet 70 Euro im Monat – also dann lieber nicht versichert und bei Rot gerade noch über die Ampel hetzen: Ganz flexibel.

Übrigens: Der Deutschland-Chef von Deliveroo, Felix Chrobog, rechnete vor: Bisher dauert es im Durchschnitt von der Bestellung bis zur Anlieferung beim Kunden 32 Minuten. Das ist zu lang. Wir müssen auf 10 bis 12 Minuten kommen!²

Anfangs hatte die Hälfte der Fahrer eine sogenannte



geringfügige Beschäftigung, also mit Beiträgen von Deliveroo für die Sozialversicherungen. Aber damit ist jetzt Schluss. Beiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung? Nichts davon! Bezahlung bei Krankheit? Nichts davon – dann lieber auch mit Grippe die Pizza ausliefern. Da ist Deliveroo ganz unflexibel und zahlt gar nichts. Die Fahrer sind ja jetzt „selbständige Unternehmer“. Unternehmer mit Aussicht auf Armut jetzt und im Alter sowieso. Aber das ist digitale Stücklohn-Knechtschaft unter ständiger Kontrolle mittels GPS und Smartphone.

Auch wenn die Fahrer ihre Interessen anmelden und einen Betriebsrat gründen wollen – da sind die Deliveroo-Chefs ganz unflexibel. Die schon gewählten Betriebsräte hatten bisher einen geringfügigen Arbeitsvertrag. Der war befristet. Der wird nicht verlängert. Und schon sind sie keine Betriebsräte mehr. Und die angeblich „selbständigen“ Fahrer dürfen sowieso keinen Betriebsrat wählen, denn sie sind ja selbständige Unternehmer, sagt die von Deliveroo beauftragte Großkanzlei Gleiss Lutz.³

Die Fahrer bekommen also 5,50 Euro pro Lieferung. Die Endkunden zahlen zwischen 2,50 bis 4,90 pro Lieferung. Von den Restaurants zieht Deliveroo 25 Prozent ein, Mindestbestellwert ist zwölf Euro. Die Fahrer werden gedrückt, die Restaurants werden gedrückt.

Und Deliveroo macht immer noch Verluste. Aber Investoren wie Fidelity und T Rowe Price finanzieren das. Sie hoffen nach einigen Jahren auf den großen Gewinn beim Börsengang.

Damit der bald kommt, werden die Chefs von Deliveroo in London und Hongkong und Berlin kräftig gemästet. Konzernchef Will Shu, ein Banker, gönnte sich 2016 mitten im Streik der Fahrer eine 22-prozentige Gehaltserhöhung. Und mit seinen 12 Prozent Aktienanteil ist er schon Multimillionär. Die paar Topmanager in London mit Dan Warne an der Spitze bekamen zusammen eine Gehaltserhöhung um fast 500 Prozent – und noch 4,5 Millionen Pfund an Aktien dazu.⁴ Damit sie die knechtische Arbeit bei den Fahrern gnadenlos durchziehen.

Das asoziale Geschäftsmodell von Deliveroo betrifft nicht nur die Kuriere. Die Investoren hocken in Finanzoasen. Deliveroo forscht die Kunden aus und gibt die Daten „an sorgfältig ausgewählte Marketingfirmen“ weiter. Deliveroo will die Kosten für die Essenszubereitung senken, betreibt in London schon bewegliche Küchen in den Stadtteilen und will Koch-Roboter einsetzen.⁵

Wir protestieren heute gegen die Dienstboten-Knechtschaft bei Deliveroo. Aber nach diesem und ähnlichem Muster werden weitere Lieferdienste betrieben, zum Beispiel Deli-

very Hero und Lieferando. Und selbst wenn der Konkurrent Foodora Stundenlöhne bezahlt, ist das immer noch prekäre Arbeit. Alle diese Lieferdienste sind ein Testlabor für moderne Wegwerf-Arbeitsplätze. Das muss gestoppt werden, heute bei Deliveroo!

In anderen Ländern ist der Widerstand längst im Gange. In Frankreich und Großbritannien haben Gerichte die Scheinselbständigkeit der Kuriere als unzulässig beurteilt. In Deutschland haben sich Fahrer auch schon zusammengetan.

Das ausbeuterische Geschäftsmodell der digitalen Plattform-Kapitalisten muss fallen!

Werner Rügemer ist Vorsitzender von aktion gegen arbeitsunrecht. Die hier wiedergegebene Rede (video und weitere Berichte) siehe auf der Webseite: www.arbeitsunrecht.de

Anmerkungen:

1 <https://deliveroo.de/de/modern-slavery-act-statement>, abgerufen 19.3.2018

2 *Tagesspiegel* 30.7.2017

3 Betriebsratsbehinderung, Scheinselbständigkeit, Lohndumping. Aktionstag Freitag der 13. April gegen Deliveroo, www.arbeitsunrecht.de 16.3.2018

4 *Deliveroo boss Will Shu gives himself 22,5% rise amid battle over riders' pay*, *The Guardian* 21.9.2017; Deliveroo: Where's the money?

<https://corporatewatch.org> 24.10.2017

5 Siehe Fußnote 4.

Europa unten

„Jeff Bezos wird vom Springer-Konzern geehrt – Massive Proteste, auch von Amazon-Beschäftigten

Am 24. April 2018 veranstaltete der Axel-Springer-Verlag im Springer-Hochhaus in der Berliner Kochstraße eine Sause der besonderen Art. Zu Gast war der mittlerweile reichste Mann der Welt, Jeff Bezos, Eigentümer des international agierenden Onlinehandelskonzerns Amazon. Der Boss des Plattform-Kapitalismus erhielt den Springer-Award. Und dies dann noch ausgerechnet 50 Jahre nach dem Attentat auf den führenden Kopf der Studentenrevolte Rudi Dutschke, gegen den die Springer-Presse damals eine einmalige Hetzkampagne durchgeführt und faktisch



zu einer Pogromstimmung gegen den SDS und Rudi Dutschke beigetragen hatte. Diese Preisverleihung fand auch ausgerechnet 50 Jahre nach den Protesten der Studierenden statt, die sich in den Tagen nach dem Attentat auf Dutschke zu Protesten gegen den Pressekonzern vor eben diesem Hochhaus versammelt hatten, um eine Auslieferung von „Bild“ zu verhindern.

Doch so, wie geplant – feierlich & würdevoll – fand die Zeremonie dann am 24. April 2018 doch nicht statt. 750 Menschen hatten sich zum Protest vor dem Springer-Hochhaus in der Kochstraße versammelt. Darunter mehrere hundert Amazon-Beschäftigte. Günther Wallraff prangerte in seiner Rede die extreme Ausbeutung in den Amazon-Betrieben an. In Amazons Logistik-Zentren werden die Beschäftigten über Handscanner in ihren Arbeitsschritten kontrolliert, mit „Feedback“-Gesprächen durch Vorgesetzte eingeschüchtert und zu noch höherem Arbeitstempo und Wettbewerb getrieben. Solche Arbeitsbedingungen sind krank und machen krank. Die Amazon-Beschäftigten, die vor dem Springer-Gebäude protestierten, gaben damit ihrem Chef höchstpersönlich ihr „Feedback“. Die zynische Preisverleihung adelt ein Modell Amazon, das auf Menschenverachtung und grenzenloser Profitgier basiert.

Zwei Varianten neoliberal

Macron prescht nach vorn – Merkel gibt den deutschen Bunker



Alexis Passadakis

Wir sind am Tiefpunkt.“ So beschrieb vor kurzem ein französischer Diplomat die aktuelle Lage der deutsch-französischen Beziehungen. Zwei Spielarten neoliberaler Politik krachen derzeit bei der Diskussion um eine weitere Integration der Eurozone aufeinander. Während die französische Regierung ein eigenes Budget für die Eurozone, eine Weiterentwicklung der Bankenunion und den Umbau des europäischen Rettungsfonds mit Namen „Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)“ in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) in die Diskussion geworfen hat, kommt aus Berlin: nichts. Merkel und Scholz blockieren die Vorstöße des französischen Präsidenten. Der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Ein neuer Aufbruch für Europa“ ist inzwischen im Ordner „Wahlkampf

2017“ abgeheftet. Macron lässt man am langen Arm verhungern.

Dabei hieß es aus Berlin noch vor kurzem: „Macron, das ist unser Mann in Paris“. Und tatsächlich erweist sich Macron als Merzels Pudel; er setzt in Frankreich selbst einen drastischen neoliberalen Umbau der Gesellschaft nach deutschem Modell durch. Genau das, was die Bundesregierung immer eingefordert hatte. Dazu zählt insbesondere die Schwächung der Gewerkschaften. Folgerichtig präsentierte das britische Magazin „The Week“ in einer April-Ausgabe Macron mit schlagbereiter Handtasche als französische Margaret Thatcher.

In Bezug auf neue Integrationschritte in der Eurozone verfolgen der mächtige CDU-Wirtschaftsrat und die CSU mit dem Rest der CDU und der Scholz-SPD somit eine nation-

nal-neoliberale Strategie a la Trump. Jegliche neue Maßnahmen, die einen Transfer finanzieller Mittel in andere Eurozonen-Ländern auch nur in den Bereich des künftig Möglichen rücken, werden abgeblockt:

nur einen Hauch von neuen ökonomischen Spielräumen für Defizitländer wie Frankreich, Italien etc.

Angesichts der jüngsten harten Blockadehaltung der Bundesregierung gegenüber Frankreich sah sich am 19. April sogar der Vizechef des mit 6 Billionen Anlagekapital weltweit größten Vermögensverwalters Blackrock, Philipp Hildebrand, genötigt, sich zu Wort zu melden. Er sprang Paris zumindest in einem Punkt zur Seite: Man solle „sich zuerst auf die Vollendung der Bankenunion konzentrieren“, forderte er an Berlin gerichtet. Ziel solle sein, „die Regeln für europäische Banken anzupassen und so grenzüberschreitende Zusammenschlüsse zu ermöglichen.“

Diese Intervention zeigt, dass Macrons europapolitische Positionierung keineswegs progressiv ist, wie von einem Teil der Öffentlichkeit in der

Reichs mittels der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Streitkräfte kontrolliert werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von 1951 die Aufgabe, die industriellen Kernsektoren (west-) europäisch einzubinden. Die Einführung des Euro im Laufe der 90er Jahre war aus der Perspektive des Elysée vor allem ein Versuch, die Dominanz der Deutschen Bundesbank und des deutschen Exportsektors einzuhegen. Die Eurozonen-Krise ab 2010 hat gezeigt, dass dieser Anlauf spektakulär in sein Gegenteil umgeschlagen ist. Und in den letzten Jahren haben sich bereits Sarkozy und Holland die Zähne dabei ausgebissen, Berlin Zugeständnisse abzurufen.

Trotz heftiger Protestwellen wie derzeit in Frankreich sind die sozialen Bewegungen bei

Europa von unten

Aktion gegen Abschiebungen nach Afghanistan auf dem Ravensburger Weihnachtsmarkt

Anlässlich des Sammelabschiebeflugs nach Afghanistan am 6. Dezember 2017 verteilten Aktive des BÜNDNIS FÜR BLEIBERECHT OBERSCHWABEN-BODENSEE mit schicken Piloten-Mützen und Steuardessen-Schiffchen auf dem Weihnachtsmarkt in Ravensburg Freiflugtickets der Airline NCB. Allerdings mussten diese erst mit der (richtigen) Beantwortung unserer „Quizfragen“ verdient werden. Über die Abkürzung des Namens der Airline und über den Zielflughafen wurden die Angesprochenen vorerst im Dunkeln gelassen. Vielmehr wurde durch das Versprechen eines kostenlosen Fluges das Interesse geweckt. Die Fragestunde konnte beginnen: Wie viele deutsche Soldaten sind derzeit in Afghanistan stationiert? Wieviele zivile Opfer gab es im ersten Halbjahr 2017 in diesem Land? Wie viele Menschen wurden dort bei Anschlägen getötet? Zur Vereinfachung boten wir multiple choice-Antworten an.

Nach den Auseinandersetzungen über Fakten zur Situation in Afghanistan überreichten wir die Tickets der „Never-come-back“- Airline (NCB) mit einem *one-way-flight* nach Kabul: Dieses Angebot wurde durchweg dankend abgelehnt! Insgesamt stieß die Aktion auf Interesse und Zustimmung vieler Besucherinnen und Besucher des Weihnachtsmarktes. Unsere Forderung nach Einstellung der populistischen und extrem kostspieligen Maßnahmen und nach sofortiger Beendigung dieser Abschiebepaxis nach Afghanistan fand vielfach Unterstützung. Wir selbst waren über die Gesprächsbereitschaft, das Mitgefühl und die zum Ausdruck gebrachte Ablehnung der derzeitigen bundesweiten, aber auch baden-württembergischen Abschiebepaxis erstaunt.

Micha und Frank Matschinski

-Anzeige-



demokratisch
friedlich
ökologisch
feministisch
solidarisch

5.-7.10.2018
Uni Kassel

EUROPAKONGRESS 2018

Mit dem Kongress wollen wir nicht nur unsere Kritik an der herrschenden Politik in Europa und insbesondere in der Europäischen Union formulieren, sondern auch unsere Vision von einem demokratischen, sozialen, gerechten, ökologischen und friedlichen Europa diskutieren und uns über unsere vielfältigen Aktivitäten, Kämpfe, Widerstände und alternativen Ansätze zur Verwirklichung dieser Vision austauschen.
Wir freuen uns auf Euch!



Mehr Infos unter ein-anderes-europa.de

„Wir geben nix, Germany first!“ Eine Position der Stärke, die die astronomischen Exportüberschüsse der Bundesrepublik von rund 240 Milliarden Euro pro Jahr möglich machen.

Währenddessen setzt Macron auf den klassischen multilateralen Neoliberalismus, in diesem Fall auf einen europäisch-supranationalen. Durch begrenzte Transfers mittels eines Eurozonen-Haushalts und Kreditlinien eines EWF soll der dramatischen ökonomischen Ungleichentwicklung der Eurozonen-Länder entgegengewirkt werden. Doch der Sprengstoff, den diese wirtschaftlichen Fliehkräfte entfalten können, interessiert CDU/CSU und SPD nicht: Lieber ein Deutsch-Europa inklusive Zerfallstendenzen, statt auch

Bundesrepublik – z.B. auch vom DGB - dargestellt. Schließlich würde eine gemeinsame europäische Einlagensicherung für private Konten, die auch von deutschen Geldhäusern mitgetragen würde, zwar eine gewisse Stabilisierung des Bankensektors in der Eurozone befördern. Zugleich aber würde eine dadurch ausgelöste neue Dynamik von Bankfusionen das Problem des „Too big to fail“ – des „Zu groß, um sie im Krisenfall Pleite gehen zu lassen“ – weiter dramatisch potenzieren.

Frankreichs Versuche, die übermächtige deutsche Wirtschaftskraft einzuhegen, stehen historisch betrachtet unter keinem guten Stern: Nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Schwerindustrie des Deutschen

den aktuellen Konflikten um künftige Integrationschritte leider nur Zaungäste. Vorschläge wie eine europäische Arbeitslosenversicherung treffen auf keinen zivilgesellschaftlichen Akteur, der diese aufgreifen und weitertreiben kann. Und trotz Eurozonenkrise sind europäische Gewerkschaften keinen Schritt weitergekommen, um europäische Handlungsfähigkeit zu erlangen. Neue Bündnisse mit konkreten Kampagnen wie eine 30-Stunden-Woche in der EU oder ein Sicherung für Erwerbslose in der Eurozone sind notwendig, um mittelfristig Handlungsmacht zu entwickeln.

Alexis J. Passadakis ist aktiv bei Attac

Herren im fremden Haus

Griechenland: Abgründe von Demütigung – Berge von Schulden

Gregor Kritis

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras wird nicht müde, die gute Nachricht zu verbreiten: Griechenland benötige ab Sommer keine neuen Kredite aus den Programmen der EU mehr. Im vergangenen Jahr gab es erstmals wieder ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent und einen Haushaltüberschuss vor Schuldendienst von 1,9 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund des einmaligen ökonomischen Einbruchs von mehr als 25 Prozent in der Periode 2010 bis 2015 handelt es sich hier um eine Stabilisierung auf tiefem Niveau.

Von einer realen Überwindung der Krise kann keine Rede sein. Nach wie vor befindet sich die Staatsverschuldung auf hohem Niveau. In absoluten Zahlen nahmen die Staatsschulden seit 2010 bei gleichzeitig sinkender Wirtschaftsleistung von 301 auf 326 Milliarden Euro zu. Mit der Konkurrenzfähigkeit, die vorgeblich durch die „innere Abwertung“ genannte Senkung von Löhnen und Sozialleistungen wiederhergestellt werden sollte, sieht es nicht besser aus als zu Beginn der Krise. Nach wie vor ist die Handelsbilanz negativ, d.h. es wird mehr importiert als exportiert. Die Investitionen liegen weiterhin weit unter Vorkrisenniveau. Gleiches gilt für das Konsumniveau, das auch 2017 sogar weiter gesunken ist.

Die Arbeitslosenquote ist zwar von 27,6 % auf dem Höhepunkt 2013 auf 20,9 % 2017 gefallen. Doch diese Zahlen bringen kaum die Realität zum Ausdruck. So hat sich die traditionell hohe Zahl von Unterbeschäftigten seit Beginn der Krise auf 267.000 fast verdreifacht. Ebenfalls nicht berücksichtigt ist in den offiziellen Zahlen die Migration. Nach wie vor verlassen viele junge Menschen das Land. Schätzungen zufolge sind in den Jahren der Krise zwischen 175.000 und 550.000 junge Griechinnen und Griechen ausgewandert.

Aber auch diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Die zunehmende Entrechtung der abhängig Beschäftigten hat dazu geführt, dass der Bereich der grauen bzw. schwarzen Ökonomie sich rasant ausgeweitet hat. Viele Löhne liegen unter dem ohnehin nicht zum Leben ausreichenden gesetzli-



chen Mindestlohn. Gleichzeitig sind die unbezahlten Überstunden rasant angestiegen. Das geringe Wachstum basiert vor allem auf einer verschärften Ausbeutung. Die Gewinne der großen Unternehmen sind Schätzungen zufolge in den letzten Jahren um rund 50 Prozent gestiegen.

Um den Widerstand der abhängig Beschäftigten zu brechen, wurde auf Druck der Troika das Streikrecht weiter eingeschränkt. Seit Beginn des Jahres kann ein Streik erst dann ausgerufen werden, wenn mindestens 51 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder innerhalb eines Unternehmens zustimmen – zuvor lag diese Quote bei 30 Prozent. In einem Land, in dem die Justiz auf Betreiben der Unternehmer immer wieder Arbeitskämpfe als „mißbräuchlich“ und damit illegal erklärt, stellt das eine erhebliche Einschränkung dar.

Der Erfolg der von den Gläubigern vorgegebenen und von der griechischen Regierung weitgehend ohne Protest umgesetzten Maßnahmen besteht vor allem in einer verstärkten Umverteilung. Der Schuldendienst wird durch Haushaltskürzungen und Steuererhöhungen aufgebracht. Dazu gehörte in der letzten Runde der Streichungen neben der Kürzung des Kindergeldes und der Renten eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Kürzungen im Gesundheitsetat, die durch höhere Zahlungen der Krankenversicherungen ausgeglichen worden sind.

Da mit jedem neuen Gesetzespaket die steuerlichen Belas-

tungen steigen und gleichzeitig die Realeinkommen immer weiter sinken, ist die innere Verschuldung massiv angestiegen. Immer mehr Kleinunternehmer und Bürger kommen ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzämtern und den Sozialversicherungen, aber auch gegenüber Banken und anderen Unternehmen, nicht mehr nach. Die Zahl der Steuerschuldner hat sich in den letzten Jahren auf vier Millionen vervierfacht. Völlig unklar ist, wie viele dieser Schulden überhaupt noch eingetrieben werden können.

Ähnliches gilt für die sogenannten „rote Kredite“, die Schulden privater Gläubiger gegenüber Banken. Deren Summe – überwiegend handelt es sich dabei um Immobilienkredite – beträgt mittlerweile mehr als 100 Milliarden Euro. Diese „roten Kredite“ bergen einen erheblichen sozialen Sprengstoff, denn gut 70 Prozent der Menschen in Griechenland bewohnen ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung. Bisher waren selbstbewohnte Immobilien gesetzlich vor Zwangsversteigerungen geschützt. Diese Schutzbestimmungen wurden im letzten Jahr auf Druck der Troika abgeschafft.

Bisher ist es den Aktionskomitees gegen die Zwangsversteigerungen, die in den letzten zwei Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, meist gelungen, die entsprechenden Amtsgerichtsverfahren zu verhindern. Die Behinderung von Notaren und Richtern wurde darauf-

hin auf Geheiß der Troika kriminalisiert; dies ist nun mit Haftstrafen bedroht. Zudem wurden elektronische Verfahren zur Zwangsversteigerung eingeführt. Auch erfolgte eine Konzentration der Verfahren in Athen. Setzen sich Troika

und Regierung durch, wird es in den nächsten Jahren eine gigantische Welle von Zwangsversteigerungen und Zwangsräumungen geben. Selbst für eine Steuerschuld von wenigen hundert Euro oder im Fall eines Zahlungsverzugs gegenüber der Bank von wenigen Monaten können nun Wohnungen unter den Hammer kommen. Alle Behauptungen, die griechische Regierung sei ab Sommer 2018 wieder „Herr im eigenen Haus“, erweisen sich vor diesem Hintergrund als Zweckpropaganda. Sie werden aus berufenem Mund dementiert: Nach Aussage von Zentralbankchef Giannis Stournaras wird die Überwachung der EU solange erfolgen, bis 75 Prozent der öffentlichen Schulden abgelöst sind. Das wäre in 40 Jahren.

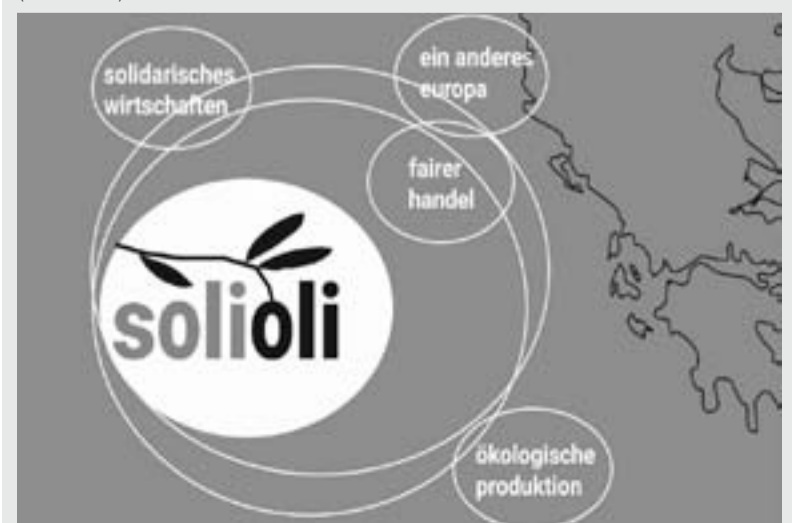
Gregor Kritis hat in Hannover und Athen studiert und arbeitet in der Erwachsenenbildung in Magdeburg. Von ihm erschien 2014 die Aufsatzsammlung „Griechenland - auf dem Weg in den Maßnahmestaat?“ im Offizin-Verlag.“

Europa von unten**SoliOli-Kampagne
Solidarische Ökonomie in Griechenland –
Direktimport von hochwertigem Olivenöl**

Seit drei Jahren gibt es ein linkes europäisches Netzwerk zur Unterstützung von kleinen Erzeugergemeinschaften in Griechenland (Greenland/Kalamata und Modousa/Lesbos). Im Rahmen der *SoliOli*-Kampagne vermittelt es hochwertiges Olivenöl zu fairen Preisen für Produktion und Konsum. Dies ist für alle Beteiligten ein Ansatz, mit dem wir solidarische Formen des Arbeitens und Wirtschaftens in Europa konkret stärken können. Mit einem Teil der Einnahmen werden soziale und politische Selbsthilfestrukturen in Griechenland unterstützt.

Gerade die Lebenspläne der jungen Generation in südeuropäischen Ländern waren mit der Krise und der damit verbundenen Austeritätspolitik oftmals dramatischen Einschnitten und Enttäuschungen unterworfen. Umso beeindruckender sind die zahlreichen Initiativen wie Solidarkliniken, Projekte für Geflüchtete, Tauschmärkte etc., die vielerorts entstanden sind. Auf dem SoliOli-Kongress im Herbst 2015 in Berlin haben wir das erste Mal darüber diskutiert, wie wir zusammen solidarische Handelsketten aufbauen können. Heute wissen wir, dass es funktionieren kann. Wir ermöglichen Menschen, eine dauerhafte Perspektive für sich, ihre Nachbarn und ihre Region zu finden.

Es kann noch bis zum 5. Mai Öl (unter www.solioli.de) bestellt werden. Es gilt das Selbstabholer-Prinzip **Klaus Prätör** (Berlin) und **Julia Xirogianni** (Kalamata)



Machtprobe in Frankreich für Macron

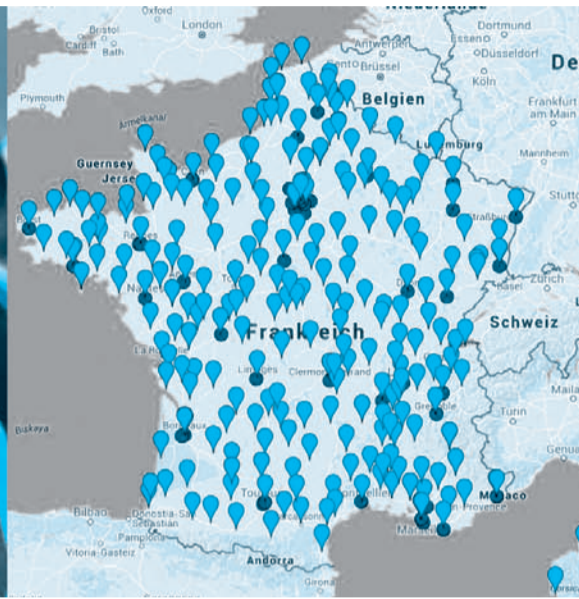
Eisenbahnerstreiks gegen zerstörerische „Reform“

Bernard Schmid

Frankreichs Bahnbeschäftigte streiken. Seit dem 3. April legen sie, nach einem Kalender, der durch die Mehrheitsgewerkschaften (CGT, CFDT und UNSA) festgelegt wurde, jeweils für zwei Tage die Arbeit nieder, nehmen diese dann für fünf Tage wieder auf, um erneut für zwei Tage in den Streik zu treten. Bis Ende Juni 2018 sind auf diese Weise 36 Streiktage vorprogrammiert.

Worum geht es? Zunächst um Versuche der Regierung, Teile des französischen Schienennetzes kaputt zu sparen. Halbe Regionen würden dadurch vom Bahnnetz abgeschnitten. Nach vorliegenden Plänen sollen 9.000 Streckenkilometer Bahn als „unrentabel“ verschwinden. Frankreich weist derzeit rund 35.000 Streckenkilometer Bahn auf, von denen 30.000 im Betrieb befindlich sind. Es waren in der Geschichte schon einmal 42.500 Streckenkilometer, bei der Gründung der Bahngesellschaft SNCF im Jahr 1937. Schon am Vorabend des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 wies Frankreich rund 39.000 Streckenkilometer Schiene auf. Doch in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren erfolgte ein erster Rückbau, womit faktisch der Pkw-Verkehr gefördert wurde. Weitere Teilstilllegungen erfolgten zu Anfang dieses Jahrhunderts.

Daneben möchte die Regierung in Paris, dass das „Statut“, also das öffentlich-rechtlich abgesicherte Modellarbeitsver-



hältnis für die Bahnbeschäftigten, verschwindet. Alle ab 2020 eingestellten Bahnbeschäftigten sollen privatrechtliche Arbeitsverträge erhalten. Damit würden sie kündbar. Bislang garantiert das „Statut“ den Eisenbahnern gewisse und Laufbahngarantien und eine Jobgarantie – es sei denn, sie lassen sich schwerwiegende dienstliche Verfehlungen zuschulden kommen. Dabei handelt es sich um historische Errungenschaften der Arbeiterbewegung.

Die Regierung, aber auch viele bürgerliche Medien schüren derzeit eine Neiddebatte. Behauptet wird, es handle sich hier um „historisch überkommene Privilegien“. Dies geht einher mit der unwahren Darstellung, die Bahnbeschäftigten erhielten unverdient hohe Löhne. So wird behauptet, der „Durchschnittslohn“ von Bahnbeschäftigten liege bei monatlich 3.000 Euro netto. Dabei handelt es sich jedoch

nur um ein mathematisches Mittel und nicht um einen Durchschnittswert. Real verdienen rund 60 Prozent der Bahnbeschäftigten weniger als 1.600 Euro monatlich netto.

Argumentiert wird mitunter auch, die Bahnbeschäftigten seien „privilegiert“, weil sie bereits früh in Rente gehen könnten, angeblich mit fünfzig. Real liegt das theoretische Renteneintrittsalter derzeit – je nach Berufsgruppe, zwischen 52,5 Jahre (Lokführer, Bordpersonal Mechaniker) und 57,5 Jahre (Bahnbeschäftigte wie Schalterbedienstete). Doch wie andere Lohnabhängige müssen Bahnbeschäftigte 40 bis 41,5 Jahre Beitragseinzahlungen aufweisen, um Anspruch auf eine Pension ohne Abschläge zu haben. Bei einem Renteneintritt von 52,5 Jahren kann in Wirklichkeit so gut wie niemand von der Pension, weswegen fast alle Bahnbeschäftigte deutlich länger arbeiten.

Ortstermin. Samstag, der 14. April. Wir diskutieren mit mehreren Streikenden vom Pariser Saint Lazaire-Bahnhof. Es handelt sich um einen Schalterbeamten, Mitglied der CGT, und mehrere Lokführer, Mitglieder der linken Schienengewerkschaft SUD Rail. Da sind Denis, Didier und andere. Ein Lokführer meint, das „Statut“ sei für ihn die Garantie, bei Sicherheitsbedenken den Antritt einer Fahrt verweigern zu können. Didier fügt hier hinzu: Hätte er einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag, dann könnte der Chef ihn unter Druck setzen. Tenor: „Entweder, Du stellst Deine Sicherheitsbedenken hinten und fährst jetzt los, oder Du musst damit rechnen, dass Dein Job gefährdet ist.“ Zwar betreffen die Abschaffung des „Statuts“ und der Übergang zu privatrechtlichen Verträgen nur die Neueingestellten. Ähnlich wie bei der 1997 privatisierten

[französischen] Telekom sei jedoch damit zu rechnen, dass dann den „Altbeschäftigten“ Geld angeboten wird, um private Verträge zu akzeptieren. Bei der Telekom seien daraufhin die Mehrzahl der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse verschwunden.

mit SERNAM (heute Géodys). Und seit 2015 auch im Personenverkehr: Mit dem Loi Macron (benannt nach dem damaligen Wirtschaftsminister und heutigen Präsidenten) wurden erstmals Fernbusse in großem Maßstab zugelassen. Unter der Bezeichnung OUI-GO lässt die SNCF inzwischen Hochgeschwindigkeitszüge mit wenig Personal und geringem Komfort als Konkurrenz zu den TGVs rollen. Damit dreht die Bahngesellschaft selbst eifrig an der Dumpingspirale.

Und was sagen unsere Gesprächspartner zur Streiktaktik? Hier gibt es skeptische Kommentare. In der Vergangenheit gab es meist unbefristete Bahnstreiks. Der Verkehr wurde wieder aufgenommen, wenn die Regierung nachgab – oder wenn es eine Niederlage gab. Mit der neuen Strategie soll auf die öffentliche Meinung Rücksicht genommen werden. Allerdings bleibt damit auch die Streikdynamik für die Gegenseite berechenbarer. Am Dienstag, den 17. April, erklärte die stärkste Einzelgewerkschaft CGT, sie erwäge nun ebenfalls, zu anderen Streikmodalitäten – mit einem möglicherweise unbefristeten Arbeitskampf – überzugehen, wenn die Regierung weiterhin

Europa unten

Irland: Für das Recht auf Abtreibung

Am 25. Mai wird in Irland in einem Referendum über die Streichung des achten Verfassungszusatzes abgestimmt, der 1983 dem Abtreibungsverbot Verfassungsrang gab. Dieses Referendum wird von einer neuen Generation junger Frauen und Aktiven als eine Möglichkeit gesehen, das Recht auf Abtreibung zu erhalten. Gleichzeitig wird damit das irische, politische Establishment herausgefordert und versucht, den gewaltigen Einfluss der katholischen Kirche zu brechen. Seit 1983 wurden mindestens 170.000 Schwangere dazu gezwungen im Ausland eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Die verbreitete Anwendung der Abtreibungspille, die durch die Aktionen des zivilen Ungehorsams durch die sozialistisch-feministische Organisation ROSA bekannt gemacht wurde, zwang konservative Teile der politischen Elite, eine weitgehende Gesetzesänderung zuzugeste-



hen, sollte das Referendum im Mai ein Erfolg werden. Die von Jugendlichen geprägte Bewegung hat viele erstmals politisiert. Die offizielle Kampagne „Gemeinsam für ein Ja“ konnte diese Stimmung aufgreifen und innerhalb von nur drei Tagen 600.000 Euro Spenden sammeln. Tausende Menschen haben an Mobilisierungen teilgenommen. Ein Erfolg beim Referendum ist nicht garantiert. Doch bereits jetzt ist klar: Die Aktivierung dieser jungen Menschen macht Mut. Die Selbstorganisation vieler Gruppen wird ein Schlüssel dafür sein, wirkliche Veränderungen für zukünftige Generationen zu erreichen. **Fiona Ryan**, Stadträtin für „Solidarity“ in Cork, Irland.

In Zukunft sollen ohnehin private Konkurrenzunternehmen einen Teil des Schienenverkehrs übernehmen. Auch hier drohen Lohninbußen bei Betriebsübergängen. Die SNCF macht sich heute bereits Konkurrenz mit Tochterunternehmen: im Gütertransport

keinerlei Gesprächsbereitschaft zeige. Eine der Hoffnungen der Streikenden: Dass sich mit den allgemeinen Protesttagen – z.B. dem am 5. Mai – auch in anderen Sektoren eine Protestdynamik entwickelt, mit der die Regierung in die Schranken verwiesen wird.

Selbstverständnis FaktenCheck:EUROPA

Das Projekt EU steht nach der Selbstdarstellung für die Schaffung von ARBEITSPLÄTZEN und für SOZIALE SICHERUNG. Doch in Wirklichkeit steigen MASSENERWERBSLOSIGKEIT in vielen Ländern und PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG überall. Die KLUFT zwischen ARM und REICH vergrößert sich kontinuierlich.

Die EU steht offiziell für FRIEDEN. Doch in Wirklichkeit sind die EU bzw. EU-Mitgliedsländer an einer wachsenden Zahl militärischer Interventionen und KRIEGEN beteiligt.

Die EU reklamiert für sich DEMOKRATIE. Tatsächlich nimmt die Substanz von Demokratie in dem Maß ab, wie man sich Brüssel bzw. den EU-Institutionen nähert.

Die EU proklamiert FREIZÜGIGKEIT. Doch in Wirklichkeit betreibt die EU die Politik einer „FESTUNG EUROPA“, als deren Resultat allein 2017 mehr als 5000 Menschen im Mittelmeer ERTRANKEN.

Das Projekt EU steht für einen AUSGLEICH der Differenzen zwischen den Regionen. Tatsächlich gibt es eine enorme Kluft zwischen den reicheren Regionen im EU-Zentrum und den armen Regionen der „Peripherie“. Gleichzeitig hat die „Sparpolitik“ der EU zu Entsolidarisierung, zu Hass und zum AUFSTIEG RECHTER und FASCHISTISCHER STRÖMUNGEN beigetragen.

FaktenCheck:EUROPA leistet einen Beitrag zur Aufklärung über die Widersprüche zwischen Selbstdarstellung und Wirklichkeit der EU.

FaktenCheck:EUROPA engagiert sich für die Armen, die Erwerbslosen, die Lohnarbeiter und für alle Geflüchteten.

FaktenCheck:EUROPA leistet an der Seite von kämpferischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einen Beitrag zur Solidarität von unten und zur Durchsetzung von demokratischen und sozialen Rechten in Europa.